

Offener Brief des Gemeinderats und des Bürgermeisters

Sicherung der Zukunft des Krankenhauses Brackenheim

Den 11. Oktober 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten Sie mit Ihren Möglichkeiten, Vernetzungen und politischen Einflussmöglichkeiten auf politische Prozesse auch für kleine Krankenhäuser im Sinne einer effizienten medizinischen Grundversorgung eine Zukunft zu sichern.

Die Stadträte der Stadt Güglingen unterstützen den offenen Brief der Stadträte Brackenheims auch durch die weitgehende Übernahme ihrer Forderungen. Die Stadträte der Stadt Güglingen ergänzen und erweitern die Argumentation an verschiedenen Stellen.

Für die Bevölkerung des Zabergäus hat das Kreiskrankenhaus Brackenheim eine große Bedeutung. Unsere Bürger haben kurze Wege zu einer stationären Versorgung. Die Versorgung im Kreiskrankenhaus wird als gut empfunden, das Personal ist freundlich, oft kennt man sich und es genießt das Vertrauen der Patienten. Die Auslastung des Krankenhauses ist überdurchschnittlich. Der Gemeinderat der Stadt Güglingen betrachtet die medizinische Grundversorgung als unverzichtbar.

Die Stadträte erwarten auch von den politischen Vertretern im Kreistag, Verantwortung für die Bedürfnisse der Bevölkerung des Zabergäus und angrenzender Kommunen zu übernehmen. Besonders halten wir es für wichtig, das Leitbild des Landes für eine sichere medizinische Versorgung der Bürger zu beachten. Dies scheint bei der in Verantwortung stehenden RGHF und ihren „verantwortlich“ handelnden Personen aus dem Blickfeld zu geraten.

Im Leitbild des Landes 2014 für die medizinische Versorgung ist zu lesen: "...Passgenaue Lösungen für die medizinische und pflegerische Versorgung in der jeweiligen Region müssen entwickelt und dabei die Interessen der Bürgerinnen und Bürger mit einbezogen werden...Die Leitsätze folgen den großen Zielrichtungen Bürger- und Patientenorientierung, Regionalisierung und Vernetzung...".

Im Zabergäu leben rund 35.000 Menschen. Tausende von Menschen pendeln ein oder verbringen hier ihre Freizeit. Wir brauchen eine wohnortnahe Versorgung

- bei Betriebsunfällen wegen der großen Anzahl der ansässigen Firmen, unter anderem im produzierenden Gewerbe oder der Landwirtschaft
- bei Schulunfällen, da sich zentrale Schulstandorte in Güglingen und Brackenheim befinden
- bei Badeunfällen, u.a. wegen der Seen in Zaberfeld und Pfaffenhofen, dem Freizeitsport, Tourismus, z.B. in Tripsdrill/Cleebronn
- bei Erkrankungen und Unfällen im Haus oder in den Betreuungseinrichtungen

Das Zabergäu benötigt aus diesen Gründen eine funktionierende chirurgische und innere Abteilung mit einer qualitativ hochwertigen personalen Kompetenz und Ausstattung.

Insbesondere im Hinblick auf die alternde Bevölkerung und ihrer Angehörigen, aber auch wegen unserer jungen Familien und im Interesse aller Bevölkerungsgruppen, ist eine wohnortnahe Versorgung lebensnotwendig. Die Wege nach Heilbronn sind zu weit. Wir brauchen kurze Wege zu einer gut funktionierenden Notfallversorgung und Ambulanz. Mit dem Auto sind es von Güglingen 40 Minuten, im Berufsverkehr bis zu einer Stunde Fahrzeit nach Heilbronn.

Dass Patienten auch nach Heilbronn durchgeleitet werden, ist ein Faktor, den Statistiken nicht erfassen, der zunehmend aber das Defizit erhöht. Hoffentlich stellt dies keine Absicht dar, den Standort weiter zu schwächen. Wenn das Krankenhaus Brackenheim mit dem Gesundbrunnen als ein gemeinsames Krankenhaus geführt wird, dann muss es auch als solches behandelt werden. Unterschätzt wird aus der Sicht der Güglinger Stadträte auch die Portalfunktion, die bei Aufgabe des Standortes in der Grundversorgung verloren ginge. Potentielle Patienten aus dem südlichen und östlichen Teil des Landkreises werden sich dann zukünftig nach Bietigheim, Mühlacker, Bretten oder auch Stuttgart orientieren, also als Patienten der Holding verloren gehen.

Gesundheitsversorgung ist auch ein Standortfaktor! Wir akzeptieren nicht, dass das Zabergäu auch in diesem Punkt abgehängt wird.

Es ist schwer verständlich, dass bei der drohenden problematischen ärztlichen Versorgungslage im ländlichen und zentrennahen Raum nun mit Hilfe der Krankenhausstrukturfonds-Verordnung (KHSFV) eine "Abwicklung" der kleinen Häuser droht. Die Blaupause für dieses Vorgehen liefert aktuell die Diskussion der Krankenhauslandschaft in Hohenlohe.

Die medizinische Versorgung ist eine staatliche Aufgabe, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren muss, in der die Menschen nicht zu wirtschaftlichen Fall- und Kennzahlen reduziert werden dürfen.

Das Krankenhaus Brackenheim darf nicht den Interessen der großen Häuser mit Ihren hohen Investitionskosten geopfert werden. Damit eben nicht das unsägliche Geschachere um Leistungszahlen die Determinante wird, ist der politische Druck auf die politisch Verantwortlichen zu erhöhen. Hierbei sehen die Stadträte die Notwendigkeit, die Bürger umfassend in den Dialog einzubinden.

Zu den Aufgaben der lokalen und regionalen Politiker gehört es, das System der Abrechnungsmodalitäten und Behandlungsnotwendigkeiten, das die Bedürfnisse der Menschen vernachlässigt, zu hinterfragen. Es muss auf breiter Ebene politisch Einfluss genommen werden, hierzu sind auch Landtags- und Bundestagsabgeordnete aufgefordert. Die in den Parteien organisierten Menschen - alle selbst auch potentielle Patienten - sind hierfür zu sensibilisieren und aufzufordern, sich der kleinen Häuser, ihrer notwendigen Aufgaben und Funktionen anzunehmen.

Zwei Beispiele seien genannt: Es ist nicht hinzunehmen, dass Krankenkassen wesentlich die Rahmenbedingungen im G-BA (Gemeinsamen Bundesausschuss) dominieren, die dann über die medizinische Versorgung der Menschen entscheiden.

Es ist zudem eine politische Aufgabe, bei den Berechnungsgrundlagen für Fallpauschalen das jeweilige Lohnniveau der Bundesländer ausreichend zu berücksichtigen.

Es ist zudem eine politische Aufgabe, bei den Berechnungsgrundlagen für Fallpauschalen das jeweilige Lohnniveau der Bundesländer ausreichend zu berücksichtigen.

Wir fordern die Vertreter der politischen Parteien auf, die ihnen zur Verfügung stehenden Kanäle in diesem Sinne zu nutzen. Die im Leitbild des Landes geforderte Regionalisierung und Vernetzung lässt sich im Verbund mit kleinen Häusern, die auch eine Grundversorgung anbieten, realisieren. Wenn die Einbindung der Bevölkerung kein Lippenbekenntnis sein soll, bedarf es grundsätzlicher Richtungsänderungen bei der Betrachtung der medizinischen Versorgung in ländlichen und zentrennahen Räumen. Völlig unverständlich bleibt, dass Kassen Rücklagen bilden können, aber die in kommunaler und Kreisverwaltung betriebenen Krankenhäuser dies nicht können, sondern bei Leistungen, die medizinisch notwendig, wirtschaftlich begründet aber mengenanfällig sind, durch Abschläge abgestraft werden. Zu einer mit ausreichenden Sanierungsmitteln ausgestatteten Entwicklung des Standortes und der klaren Aufgabenbeschreibung einer nachhaltigen modernen medizinischen Grundversorgung gibt es keine Alternative.

Zum jetzigen Zeitpunkt muss alles Erdenkliche auch mit den zuständigen Gremien, den Gemeinderäten des Zabergäus, unternommen werden, um eine Zukunft für die medizinische Grundversorgung im Krankenhaus Brackenheim zu realisieren.

Es grüßen

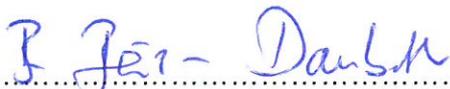
Bürgermeister und Gemeinderäte der Stadt Güglingen:



Bürgermeister Klaus Dieterich



Helmut Barth



Beate Bänzner-Daubenthaler



Markus Bosler



Edgar Bruder



Andreas Burrer



Stefan Ernst



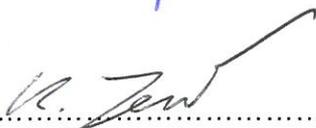
Joachim Esenwein



Marianne Giebler



Werner Gutbrod



Klaus Jesser



Joachim Knecht

Andrea Muth

Andrea Muth

Frank Naffin

Frank Naffin

Jürgen Ottenbacher

Jürgen Ottenbacher

Ulrich Scheerle

Ulrich Scheerle

Friedrich Sigmund

Friedrich Sigmund

Dr. Wilhelm Stark

Dr. Wilhelm Stark

Simone Stengel

Simone Stengel

Petra Suchanek-Henrich

Petra Suchanek-Henrich

Markus Xander

Markus Xander

Martina Xander

Martina Xander